



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Planungsangelegenheiten am 14.03.2023**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale),

Zeit: 17:00 Uhr bis 19:31 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Mitglieder

Christian Feigl	Ausschussvorsitzender, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Anja Krimmling-Schoeffler	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Thomas Schied	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Johannes Streckenbach	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Ulrike Wünscher	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Annette Kreuzfeldt	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Martin Sehrndt	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Dörte Jacobi	Fraktion MitBürger & Die PARTEI, Vertreterin für Frau Winkler, Teilnahme ab 17:04 Uhr
Dr. Martin Ernst	Fraktion Hauptsache Halle & Freie Wähler
Eric Eigendorf	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), Teilnahme ab 17:03 Uhr bis 18:55 Uhr
Herr Klaus E. Hänsel	Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale)
Helge Dreher	Sachkundiger Einwohner
Christian Hartwig	Sachkundiger Einwohner
Ingo Kautz	Sachkundiger Einwohner
Ingo Kresse	Sachkundiger Einwohner
Manfred Sommer	Sachkundiger Einwohner
Michael Sprung	Sachkundiger Einwohner
Dr. Thomas Vetter	Sachkundiger Einwohner

Verwaltung

René Rebenstorf	Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt
Dörthe Riedel	Referentin GB II
Nico Schröter	Leiter Fachbereich Städtebau u. Bauordnung
Norbert Schültke	Leiter Fachbereich Mobilität
Christiane Lütgert	Leiterin Abteilung Stadterneuerung/Förderung/Finanzen
Jens Otto	Leiter Abteilung Verkehrsplanung
Simone Trettin	Leiterin Team Freiraumplanung
Steffen Mahler	Sachbearbeiter Neu- und Ausbau
Sarah Lange	Stellvertretende Protokollführerin

Entschuldigt fehlten:

Yvonne Winkler	Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Herr Dirk Gernhardt	Sachkundiger Einwohner
Jason Koch	Sachkundiger Einwohner

zu Einwohnerfragestunde

zu Fragesteller 1 zur Abwicklung Fluthilfemittel

Fragesteller 1 bezog sich auf eine Pressemitteilung, in der erklärt wurde, dass es einen prominenten Rückzahlungsfall im Bereich Fluthilfemittel gegeben hat. Er fragte, ob bei der Vielzahl der gestellten Fluthilfeanträge, basierend auf der aktuellen Entscheidungslage, die Gefahr besteht, dass die Stadt Halle (Saale) Fluthilfemittel zurückzahlen muss.

Herr Rebenstorf antwortete, dass er hier beziehend auf seinen Geschäftsbereich keine Gefahr sieht, dass Fluthilfemittel zurückgezahlt werden müssen. Die eingereichten Anträge wurden mehrfach geprüft. Zudem wurden alle Vorschriften und Wege eingehalten.

Fragesteller 1 bezog sich auf Kostenaufwüchse bei Fluthilfemaßnahmen und fragte, ob die entsprechenden Mittel ausreichen, um die begonnenen Projekte zu vollenden.

Herr Rebenstorf antwortete, dass steigende Kosten immer mit dem Kostenträger abgestimmt werden.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Planungsangelegenheiten wurde von **Herrn Feigl** eröffnet. Er stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Rebenstorf stellte den neuen Leiter des Fachbereichs Umwelt, *Herrn Kuchta* vor.

Herr Feigl begrüßte *Herrn Hänsel* als neues Mitglied des Ausschusses. Des Weiteren wies er auf folgende Mitteilungen hin, die auf die Tagesordnung zu setzen sind:

TOP 6.2

Parkraumkonzept Johannes-/Riebeckviertel
Vorlage: VII/2023/05290

TOP 6.3

Eingriffsregelung in der Bauleitplanung
Vorlage: VII/2023/05369

Zudem sagte er, dass es folgende Änderungen und Ergänzungen zur Tagesordnung gibt:

TOP 4.3

Varianten- und Baubeschluss zum Radverkehr Ludwig-Wucherer-Straße
Vorlage: VII/2022/05002

→ Anlage wurde auf Seite 4 geändert

Herr Sehrndt vertagte den Antrag seiner Fraktion unter TOP 5.1 um 4 Wochen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, sodass **Herr Feigl** um Abstimmung der geänderten Tagesordnung bat.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift
 - 3.1. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 07.02.2023
 4. Beschlussvorlagen
 - 4.1. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 209 Wohn- und Geschäftsquartier Tuchrähmen/ Mansfelder Straße - Beschluss zur öffentlichen Auslegung
Vorlage: VII/2022/04813
 - 4.2. Baubeschluss Spielplatz Wiener Straße
Vorlage: VII/2023/05097
 - 4.3. Varianten- und Baubeschluss zum Radverkehr Ludwig-Wucherer-Straße
Vorlage: VII/2022/05002
 - 4.4. Baubeschluss zum barrierefreien Ausbau der Bushaltestellen - Buspaket 6
Vorlage: VII/2022/05014
 - 4.5. Verzicht auf Variantenbeschluss und Baubeschluss "Erneuerung des Quartiersplatzes Thomasiusstraße/Turmstraße"
Vorlage: VII/2023/05099
 5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 5.1. Antrag der AfD- Stadtratsfraktion zur monatlichen Berichterstattung der Stadtverwaltung über die Entwicklung der Anzahl öffentlicher Parkplätze für Personenkraftwagen in der Stadt Halle
Vorlage: VII/2023/05112
- VERTAGT**
6. Mitteilungen
 - 6.1. Information zur Aufgabenstellung für neue Bauvorhaben im Bereich Freiflächen
Vorlage: VII/2023/05240
 - 6.2. Parkraumkonzept Johannes-/Riebeckviertel
Vorlage: VII/2023/05290
 - 6.3. Eingriffsregelung in der Bauleitplanung
Vorlage: VII/2023/05369

7. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 7.1. Anfrage des Stadtrates Dr. Martin Ernst (Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER) zur Sanierung der Domäne Lettin
Vorlage: VII/2023/05287
8. Anregungen
9. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift
- 9.1. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 07.02.2023
10. Beschlussvorlagen
11. Anträge von Fraktionen und Stadträten
12. Mitteilungen
13. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
14. Anregungen

zu 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift

zu 3.1 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 07.02.2023

Es wurden keine Einwendungen zur öffentlichen Niederschrift vom 7. Februar 2023 eingereicht, sodass diese durch die Ausschussmitglieder bestätigt wurde.

Abstimmungsergebnis: bestätigt

zu 4 **Beschlussvorlagen**

zu 4.1 **Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 209 Wohn- und Geschäftsquartier Tuchrähmen/ Mansfelder Straße - Beschluss zur öffentlichen Auslegung Vorlage: VII/2022/04813**

Herr Rebenstorf führte in die Beschlussvorlagen der Verwaltung ein und begründete diese.

Frau Lütgert ergänzte die Ausführungen anhand einer Präsentation.

Frau Jacobi fragte, ob Carsharing-Plätze in der Tiefgarage vorgesehen sind und welche Ausnahmen für die Errichtung der oberirdischen Parkplätze gelten.

Frau Lütgert antwortete, dass im entsprechenden Mobilitätskonzept Carsharing-Plätze eingeplant sind. Ausnahmen stellen hier Behindertenparkplätze und anderweitig begründete Einschränkungen dar.

Herr Hänsel bezog sich auf die Restlebenserwartung der Kastanie und sagte, dass ihm 20 Jahre zu kurz erscheinen. Des Weiteren fragte er, was passiert, wenn der Baum aufgrund der Verkehrssicherungspflicht vorzeitig gefällt werden muss.

Herr Rebenstorf antwortete, dass der Baum im Bebauungsplan festgesetzt ist und bei Fällung eine Ersatzpflanzung an dieser Stelle erfolgen müsste.

Frau Lütgert ergänzte, dass alles getan wird, dass der Baum auch über die 20 Jahre geschätzte Restlebenszeit erhalten bleibt.

Frau Jacobi fragte, ob es einen öffentlichen Zugang zu den Höfen geben wird.

Frau Lütgert antwortete, dass eine Möglichkeit der Durchquerung gegeben ist.

Herr Eigendorf sprach sich für die überzeugende Beschlussvorlage der Verwaltung aus. Des Weiteren fragte er, wie genau die Wirkung des abstrakten Schuldanerkenntnisses bewertet wird und ob dies ein Instrument für weitere Bebauungspläne mit Wohnbebauung sein wird.

Frau Lütgert antwortete, dass man dabei zwischen einem Vorhabenbezogen- und Angebotsbebauungsplan unterscheiden muss. Zudem war das abstrakte Schuldanerkenntnis ein Vorschlag des Investors, welches durch die Stadtverwaltung sehr begrüßt wurde. Dieses Instrument wird man auch anderen Investoren vorschlagen.

Frau Dr. Kreuzfeldt bezog sich auf die Spielflächen und fragte, ob diese öffentlich zugänglich sind. Des Weiteren fragte sie, ob der Investor sich an den Kosten der naheliegenden Spielflächen ebenfalls beteiligen wird.

Frau Lütgert antwortete, dass es sich im Quartier um einen Spielplatz für Kleinkinder handelt, welcher nicht als Privatspielplatz deklariert sein wird. Eine Beteiligung des Investors für naheliegende Spielflächen wird erfolgen.

Herr Dr. Vetter bezog sich auf mögliche Hochwasserschäden in der Tiefgarage und fragte, wer für die Folgekosten bei Flutereignissen aufkommen wird.

Frau Lütgert antwortete, dass innerhalb des Bebauungsplans darauf hingewiesen wird, dass das Quartier im HQ200-Zone liegt. Die Zuständigkeit obliegt dem Eigentümer.

Herr Feigl merkte an, dass es nach anfänglichen Schwierigkeiten, bezüglich der Beschlussfassung, eine tolle Zusammenarbeit zwischen Stadtverwaltung, Investor, Stadtrat und Beteiligten gegeben hat und schlussendlich eine zustimmungsfähige Beschlussvorlage entstanden ist.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Feigl** bat um Abstimmung der Beschlussvorlage.

Abstimmungsergebnis SKE: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis SR: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat bestätigt den Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 209 „Wohn- und Geschäftsquartier Tuchrähmen/ Mansfelder Straße“ in der Fassung vom 27.01.2023 sowie die Begründung zum Entwurf in der Fassung vom 27.01.2023.
2. Der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 209 „Wohn- und Geschäftsquartier Tuchrähmen/ Mansfelder Straße“ in der Fassung vom 27.01.2023 sowie die Begründung zum Entwurf in der Fassung vom 27.01.2023 sind öffentlich auszulegen.

**zu 4.2 Baubeschluss Spielplatz Wiener Straße
Vorlage: VII/2023/05097**

Frau Trettin führte in die Beschlussvorlage der Verwaltung ein und begründete diese.

Frau Dr. Kreutzfeldt fragte, ob es Spielangebote für beeinträchtigte Kinder geben wird.

Frau Trettin antwortete, dass es keine barrierefreien Angebote geben wird. Dafür wird es im Übergang der Südpromenade einen großen Spielplatz geben, der diesen Bedarf abdeckt.

Frau Dr. Kreutzfeldt fragte, ob aufgrund der warmen Sommermonate ein Trinkbrunnen mit eingeplant wurde.

Frau Trettin antwortete, dass aufgrund der nicht vorhandenen Anschlüsse ein Trinkbrunnen nicht mit eingeplant ist.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Feigl** bat um Abstimmung der Beschlussvorlage.

Abstimmungsergebnis SKE: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis SR: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt, für die Neugestaltung des Spielplatzes Wiener Straße auf den Variantenbeschluss zu verzichten.

2. Der Stadtrat beschließt die bauliche Realisierung des Spielplatzes Wiener Straße.

**zu 4.3 Varianten- und Baubeschluss zum Radverkehr Ludwig-Wucherer-Straße
Vorlage: VII/2022/05002**

Herr Otto führte in die Beschlussvorlage der Verwaltung ein und begründete diese.

Anmerkung: Die Präsentation ist in Session hinterlegt.

Auf Antrag der FDP-Fraktion wurde zur Diskussion des Tagesordnungspunktes ein Wortprotokoll angefertigt.

Herr Feigl

Danke für die Einführung. Als Erstes habe ich Frau Jacobi und dann Herrn Schied.

Frau Jacobi

Ja, dankschön, ja, dass Sie sich der Ludwig-Wucherer-Straße da auch annehmen. Es ist auch, ich fahre da täglich lang als Fahrradfahrende. Ja, genau, das hat schon seine Tücken, egal in welche Richtung. Deswegen stelle ich die Frage, auch ob es vorgesehen ist auch vorgezogene Aufstellflächen an den Ampelanlagen, zum Beispiel auch unten an der Willy-Lohmann-Straße-Kreuzung oder auch am Reileck, anzubringen, um dort entsprechend, ja, die Möglichkeit den Fahrradfahrern zu geben, dort vor den Autos loszufahren.

Und speziell zu diesem Knoten an der Lessingstraße, da sehe ich auch die Problematik, dass wenn man aus der Carl-von-Ossietzky-Straße kommt und dann die... rüber in die Ludwig-Wucherer-Straße Richtung Steintor fahren will, dass dort immer aus der Gütchenstraße kommende Autos sehr schwer also zu sehen sind, ob da überhaupt jemand kommt, ob es dort Möglichkeiten gibt, irgendwie die Signalanlage ebenfalls anzupassen oder ja, ob es da andere Lösungen gibt., um ja das sicherer zu machen, die Kreuzung zu überqueren.

Herr Otto

Also, fangen wir mal mit der zweiten Frage an. Die gäbe es theoretisch die Möglichkeit. Man könnte die Ströme separat führen, also die Richtung, aufgrund der speziellen Knotengeometrie. Hat aber den großen Nachteil, dass damit die Wartezeiten an der Kreuzung noch viel länger wären, weil eine zusätzliche Phase inklusive Zwischenzeiten. Da reden wir also locker über 20 bis 30 Sekunden, die da nochmal zusätzlich entstehen.

Und die zweite Frage: An der, also, erstmal diese Haltelinien für Linksabbieger, dass also das Auto circa fünf Meter weiter hinten hält, das macht also nur Sinn, wenn die Richtung, wo das betreffend ist nur sehr kurz frei kriegt, also, aus der Nebenrichtung. Im Zusammenhang hier mit dieser Lösung kann sich der Radfahrer ganz normal in die Linksabbiegespur einordnen, wenn er aus der Nebenrichtung kommt. In der Hauptrichtung ist das recht gefährlich, weil das klingt zwar auf den ersten Blick erstmal verlockend, man kann sich da vor dem Auto einordnen, wird gut gesehen, aber in dem Moment wo grün ist, sind sie neben dem Auto und haben keine Chance vor das Auto zu kommen und insofern ist es in den Bereichen wesentlich günstiger, Sie ordnen sich in die Linksabbiegespur ein und sind dann auch vor dem Auto und können damit sicher über die Kreuzung fahren und werden vor allem gesehen, weil das ist ja die Hauptunfallursache.

Herr Feigl

Als nächstes habe ich Herrn Schied.

Herr Schied

Ja, wir stehen dem grundsätzlich erstmal positiv gegenüber. Ich habe ja damals an den Diskussionen am Runden Tisch Radverkehr teilgenommen und es ist ja, naja, normalerweise müsste man da ja, um wirklich eine Verbesserung herzuführen richtig Geld in die Hand nehmen, was wir nicht haben und müsste dort eigentlich die ganze Straße umbauen. Das können wir aber nicht machen und so hat man versucht so kleine Verbesserungen zu machen. Die sind eigentlich, muss man sagen, naja, im, wie sagt man, im verkehrsordnerischen Bereich und da ist jetzt meine Frage, das ist ja meines Erachtens alles übertragener Wirkungskreis, mal abgesehen von ein paar Fahrradbügeln, da wird aber der Planungsausschuss normalerweise auch nicht gefragt wegen ein paar Fahrradbügeln. Also, es ist eigentlich, sind es alles verkehrsordnerische Aufgaben. Also, Beschilderung, Straßenmarkierungen und da frage ich mich jetzt, wieso jetzt eigentlich der Stadtrat beteiligt wird. Werden wir jetzt öfter, können wir jetzt eigentlich auch mehr in diesen übertragenen Wirkungskreis auch mal ein bisschen mehr eingreifen, werden wir jetzt da beteiligt oder wie habe ich das jetzt zu verstehen? Hätte ich gerne mal eine Auskunft, warum wir da heute darüber beschließen. Also, ich bin nicht dagegen, ich finde das okay. Ich weiß, ich kenne die Problematik, dass es anders im Moment auch nicht geht und dass man versucht so ein paar kleine Verbesserungen, die ich auch gut finde, ich gehöre auch zu den FahrradfahrerInnen, die da öfter langfahren und kenne die Problematik. Das wäre jetzt meine Frage zum übertragenen Wirkungskreis.

Herr Feigl

Herr Schültke wird antworten darauf.

Herr Schültke

Ja, dann kann Herr Otto gerne ergänzen. Also, zunächst mal handelt es sich hier ja um Fördermittel. Der Fördermittelgeber erwartete auch vom Stadtrat eine entsprechende positive Beschlussfassung. Das ist erstmal ganz formal und banal. Das zweite Thema ist natürlich in dem Gesamtzusammenhang auch zu sehen, was die Straße als Ganzes angeht, das hat ja durchaus auch eine gewisse politische Dimension, hier ein ganz klares Bekenntnis auch dazu auszusprechen im Sinne von Wegnahme von einzelnen Stellplätzen und entsprechend auch die Flächen so abzusichern, dass auch falschparken nicht durch Ordnungsüberwachung sondern durch technische Einrichtungen, nämlich aufstellen von Fahrradbügeln an den geeigneten Stellen, zum Beispiel auch anders organisiert wird, um das mal neutral auszudrücken. Und falls noch weitere Details zu benennen wären, könnten wir Ihnen jetzt auch die ganzen Paragraphen aufzählen, aber das lassen wir jetzt lieber.

Herr Feigl

Dann Herr Schied, bitte.

Herr Schied

Also, wenn ich der Logik dann folge, würden wir dann heute abstimmen, wenn wir dem jetzt nicht zustimmen würden, müsste die Verwaltung dann in Widerspruch gehen, eigentlich?

Herr Rebenstorf

Darf ich kurz?

Dann Herr Schied, wenn Sie jetzt nicht abstimmen, das heißt, sie lehnen die Vorlage ab, dann ist sie ja abgelehnt, wie es halt ist, dann geben wir die Fördermittel zurück, wenn wir sie nicht woanders ausgeben können, dann wird nichts umgesetzt. Auch nicht im übertragenen Wirkungskreis.

Herr Feigl

Ich habe auf der Rednerliste, Frau Dr. Kreuzfeldt, Herrn Streckenbach, dann hatte ich mich draufgesetzt, Herr Hänsel und Frau Jacobi habe ich gesehen.

Frau Dr. Kreuzfeldt

Ja ich habe eine kleine Nachfrage. Und zwar gibt es ja schon die Planung in der Geiststraße so ein Schild anzubringen, 4-Rad-Fahrer dürfen 2-Rad-Fahrer nicht überholen. Ich habe noch nicht gesehen, ob es da, letzte Woche war es noch nicht da, aber wäre sowas für die Ludwig-Wucherer-Straße dann auch sinnvoll? Denn es ist dort kein Platz, es ist da kein Platz für Autos, die Radfahrer nochmal zu überholen. Die können nie im Leben den 1,50m Abstand dort einhalten. Und es ist ja dann auch eine Tempo-30-Zone. Dann brauchen die das auch nicht.

Herr Feigl

Herr Rebenstorf.

Herr Rebenstorf

Erst ich, dann Herr Schültke.

Herr Rebenstorf

Ich fand das jetzt ein bisschen unglücklich, wie Sie das ausgedrückt haben, Frau Kreuzfeldt, das ist durchaus möglich, dass ein Fahrrad oder sowas Ähnliches auch mal 4 Räder haben könnte. Ich glaube, Sie meinen, dass ein Auto dann kein Fahrrad überholt an der Stelle. Herr Schültke bitte.

Herr Schültke

Da sind wir jetzt wirklich im ganz klassischen übertragenen Wirkungskreis, das Aufstellen von Schildern, egal ob die jetzt im Sinne einer Unterstützung der eigentlich gebotenen Rücksichtnahme darstellen, wie in dem von Ihnen genannten Fall, oder sogar ein Verbot des Überholens dann dokumentieren sollen. Wir sind in Tempo-30-Regelung und dort sind natürlich auch persé schon andere Rücksichtnahmen sowieso eingefordert. Herr Otto vielleicht noch dazu.

Herr Otto

Vielleicht noch ergänzend. In der Geiststraße ist ja ein anderer Fall, da ist ja vor allen Dingen das Problem, dass Radfahrer, die in Richtung Stadt fahren, also kulant vom Autofahrer überholt werden und der Gegenverkehr Richtung Norden regulär die Einbahnstraße verkehrt herumfährt, wird quasi ignoriert. Das ist sicherlich auch eine Unterstützung, theoretisch dürft ihr das nicht. Aber hier ist es ja ganz klar eine Markierung, da habe ich mit 1,50m Überholabstand zu überholen. Theoretisch. In der Praxis sieht es leider häufig anders aus.

Herr Feigl

Dann Herr Streckenbach.

Herr Streckenbach

Die Verwaltung begründet ja die Maßnahmen mit der Gefährdungssituation in der Straße. Vor diesem Hintergrund hätte ich gerne mal die Unfallstatistik in Erfahrung gebracht oder bringen lassen, das wird jetzt wahrscheinlich hier nicht funktionieren aber mich würde das im Einzelnen, zum Beispiel für die letzten 5 Jahre mal interessieren, vom LKW bis zum Fußgänger inkl. E-Roller, Tageszeit und Monat. Das man sowas mal, das würde mich an der Stelle wirklich mal interessieren, weil ich finde es ja jetzt nicht in der Vorlage. Ich habe noch eine Verständnisfrage, Herr Otto, da müssen Sie mir mal ein Stück weit helfen, auf der Seite 2 der Vorlage gibt es 2 Abbildungen zum jetzigen Bestand und da sieht man in Abbildung 2 auch schön den bisherigen Radfahrstreifen, können Sie mir dort mal zeigen, wo da dann quasi der Schutzstreifen in die Fahrbahn hinein verschoben wird, das wäre mal so die erste Frage.

Herr Otto

Also fangen wir mal mit dem Verschieben des Schutzstreifens an. Mal aus dem Nähkästchen geplaudert gab es so planerische Verwirrungen in den 90er Jahren. Da hat nämlich der Entwässerungsplaner mal schnell die Entwässerung geplant für die Straße und eine Rinne angelegt, ausgerechnet an der Stelle, wo eigentlich die Markierung von Radfahrstreifen geplant war. Und dann hat man sich damals in Abstimmung mit der oberen Verkehrsbehörde nicht getraut, die Markierung für die Radfahrstreifen auf die andere Seite des Gerinnes zu legen, weil auf dem Gerinne aus Pflastersteinen der nicht allzu lange hält. Und das war dann der Anfang des Übels, dass der Radfahrstreifen sehr schmal geworden ist und der Schutzstreifen hat ja eine andere verkehrsrechtliche Bedeutung als der Radfahrstreifen, der ist also eher überfahrbar, ist Teil der Fahrbahn, also kein Sonderfahrstreifen wie der Radfahrstreifen und daher kommt die Markierung jetzt quasi links von dem Pflasterstreifen und wir zwingen damit den Autofahrenden hoffentlich, dicht an den Bahnkörper, sodass der Radfahrende dann möglichst ungefähr dort, vielleicht 20cm nach rechts, wo heute die Radstreifenmarkierung ist, fährt und nicht in dem gefährlichen Bereich der Türen des Autos. Eine Unfallstatistik können wir Ihnen nachliefern, das ist kein Problem. Wir haben dort keinen massiven Unfallschwerpunkt an einer Stelle, sondern das ist eine Straße, wo wir linienhaft sehr viele Unfälle haben und da ist eben so alles mit dabei und ich sage mal, wenn man selber da runterfährt, man fährt ja relativ zügig den Berg runter, allerdings, ich fahr nun nicht täglich da lang, sondern vielleicht einmal im Monat, mache dann immer als Angstmaßnahme die Hände doch immer sehr stark an der Bremse.

Herr Feigl

Herr Streckenbach, Sie hatten noch eine Nachfrage.

Herr Streckenbach

Das heißt, die Rinne wird dann Teil des Schutzstreifens und wird dann auch optisch nicht verändert oder baulich nicht verändert? Ist dann quasi der Radfahrer, der da drüberfahren könnte.

Herr Otto

Wir haben leider das Geld nicht, wäre ja auch fast Wahnsinn jetzt den kompletten Straßenzug grundhaft neu auszubauen. Müsste man sicherlich den ganzen Querschnitt in Frage stellen. Und auch ein Teilausbau jetzt des Gerinne Streifens mit Asphalt haben wir abgelehnt, weil es einfach immense Kosten bringt, die man jetzt über Radverkehr nicht abbilden kann. Und damit wäre das Gerinne Teil des Schutzstreifens, allerdings dürfte eben ein Auto auch darüberfahren, weil ein Schutzstreifen ist ja überfahrbar.

Herr Feigl

Bitte sehr.

Herr Streckenbach

Das heißt, in der guten Absicht, dass man Unfallschwerpunkte reduzieren möchte, z.B. beim Thema Einmündungen oder beim Thema ruhender PKW-Verkehr, dass es da nicht zu Konflikten kommt, wird jetzt ja möglicherweise ein neues Sicherheitsrisiko geschaffen, a) indem Radfahrer sich dann doch eher mal dazu geneigt sehen, auch die Rinne zu benutzen, und dann gibt es vielleicht Probleme, oder b), dass LKW, die da lang fahren, oder wer auch immer, ausweichen und dann vielleicht den Straßenbahnbereich mit nutzen. Wurde das untersucht, würde mich mal interessieren? Oder wurde das wenigstens bedacht? Und die Frage hatte ich vorhin noch vergessen, die Straßenbreite für den PKW-Verkehr ohne den Schutzstreifen, wäre nach der Maßnahme 2,63, wie breit ist die jetzt eigentlich? Was steht da jetzt zur Verfügung? Wenn es dastand, ich kann leider die kleinen Zahlen nicht lesen.

Herr Feigl

Da steht 2,83m neu.

Herr Streckenbach

Und alt jetzt im Bestand?

Herr Otto

Also im Bestand haben wir jetzt ca. 3,30m inkl. des Gerinnes. Und zu Ihrer Frage LKW-Bahnkörper, wir haben ein 8cm Bord, der mit einer 5cm Ausrundung versehen ist und wir haben eine Bahnkörperbreite von 6,40m. Das heißt also, ungefähr 1,80m haben wir zwischen Wagenkasten und Bord. Das reicht dicke, selbst wenn der LKW schleifenden Rades am Bord lang fährt, kommen die sich mit dem Spiegel nicht ins Gehege.

Herr Feigl

Dann habe ich mich auf die Rednerliste gesetzt. Ich würde ganz gerne nochmal auf den Bereich Einmündung Reileck zurückkommen. Was ich als äußerst misslich empfinde, ist die derzeitige Wegeführung, dass man quasi als, wenn man in die Wucherer-Straße rein will, quasi über den Fußgängerüberweg geführt wird und dann eine sehr unschöne kleine Situation an der Einmündung der Richard-Wagner-Straße hat, was nicht gut funktioniert. Der Ansatz, den Frau Jacobi gebracht hat mit der Aufstellfläche, halte ich durchaus für überlegenswert an dieser Stelle. Man könnte auch z.B. darüber nachdenken, eine von den beiden Spuren wegzunehmen, und nur noch eine Spur in die beiden Richtungen zu haben und daher ein Platz daneben frei zu machen, um dann auch wirklich in beide Richtungen über die Kreuzung zu kommen. Also, ich finde es schade, wenn wir doch relativ aufwendig, aber doch einen Aufwand betreiben, um Verbesserungen herbeizuführen, die sehr unglücklich die Einmündung am Reileck, dass wir die außen vorlassen. Zumindest, wenn es dann so bleiben sollte und der Radfahrende in Richtung Richard-Wagner-Straße gezwungen wird, sich einzuordnen in den Verkehr, müsste auch eine bessere Möglichkeit geboten werden, diese Einordnung dann auch wirklich zu machen. Also wäre mir dann auch sinnvoll, dann vom Radweg runter zu kommen in Richtung linke oder geradeaus Spur.

Herr Otto

Ja, also das ist in der Planung in Varianten untersucht worden, wir haben ja hier den Fall, wir wollten am Reileck nicht allzu viel machen, das ist ja Bestandteil der dritten Stufe Stadtplan und wird dann auch mal komplett umgebaut und vor dem Hintergrund haben sich dann die Beteiligten, also Polizei, auch Verkehrsbehörde so abgestimmt, dass, dadurch dass wir ja die Benutzungspflicht aufheben, wir Tempo 30 haben, kann sich also der Radfahrer, der sich das zutraut in die Kreuzung Geradeausspur einordnen, schon an der vorhergehenden Einmündung und dann vor dem Autofahrer quasi in die Richtige Spur fahren und muss nicht mehr diese, zugegebenermaßen nicht glückliche Führung, die da historisch entstanden ist, nutzen und wer eben unsicher ist, der nutzt diese Führung und fährt diesen kleinen Schlenker.

Herr Feigl

Aber wir wissen doch, was für ein Zeithorizont mit im nächsten Stadtbahnprogramm ist, das heißt also 10 Jahre müssen alle mit der Situation, wie sie jetzt ist, leben. Das finde ich mehr als unglücklich.

Als nächstes habe ich Herrn Hänsel. Bitte sehr.

Herr Hänsel

Ja also grundsätzlich bin ich der Meinung, dass da was getan werden muss, das ist eine ungeschickte Sache auf der Ludwig-Wucherer-Straße, das hat sich ja da in der letzten Zeit eine 2-Klassen-Radfahrgesellschaft herausgebildet, nämlich die mit E-Unterstützung und die ohne. Bergauf sind ganz klar die mit E-Unterstützung im Vorteil und versuchen zu überholen, was auf dem schmalen Radweg nicht können, bergab ist es genau andersherum, insofern ist da schon dringender Handlungsbedarf. Allerdings finde ich die Lösung, die ich ja jetzt auch erst seit kurzem kenne, ziemlich halbherzig. Ich versteh, dass das aus finanziellen

Gründen möglicherweise nicht anders geht, aber darüber muss man sich klar sein, eine Behelfslösung. Eine Sache stört mich daran ehrlich gesagt, und ich weiß, die gehört nicht zum Gegenstand des Antrages, aber diese Tempo 30 Einschränkung, da weiß ich jetzt nicht, ob die zwingend notwendig ist, mir erklärt sich der innere Zusammenhang zunächst mal nicht. Ich sehe da aber auch durchaus Nachteile. Während in der Beschlussvorlage da nur Vorteile skizziert werden. Was die Verkehrssicherheit angeht, muss man sich mal überlegen, dass in Richtung Reileck die Radfahrer dann schneller sein werden als die Autos und das wird Situationen herbeiführen, gerade auch im Rechtsabbiegerverkehr, wo ich dann als Autofahrer sehr viel leichter den Radfahrer nicht mehr wahrnehme, wenn er von hinten angebraust kommt.

Auch in Bezug auf Bremsung, weil Autos eben sehr viel besser bremsen als Radfahrer. Ich sehe das noch nicht. Auch in dem Zusammenhang wäre das Interessant, die Unfallstatistik zu haben. Zum einen, weil natürlich hier in der Beschlussvorlage die Behauptung aufgestellt wird, dass das Unfallgeschehen auffällig wäre, den Beweis bleibt die Verwaltung aber schuldig. Und zum zweiten, auch um zu schauen, wie sich das dann, sollte der Beschluss so durchkommen, in den nächsten Jahren entwickeln wird. Ich habe da Zweifel, ob das Unfallgeschehen so tief beeinflusst wird.

Herr Feigl

Soweit, wie mir bekannt ist, ist die STVO auch für Radfahrer geltend und Tempo 30.

Herr Otto

Also erstmal, 30Km/h sind sicherlich eine wesentliche Verbesserung der Verkehrssicherheit, der Bremsweg halbiert sich ja dann und zum anderen, die Rechtsabbieger sind hier nicht das große Problem in der Straße, sondern wir haben linienhaft eben Unfälle mit aufschlagenden Türen etc. und an Einmündungen mit Einfahrenden. Sicherlich werden wir das Unfallgeschehen weiterhin beobachten, diese Straße war mehrfach Thema in der Verkehrsunfallkommission, wo ich also auch drinsitze und bei Planungen ist es üblich, dass die Unfallanalyse im Rahmen der Grundlagenermittlung gemacht wird und da Auswertungen mit der Verkehrsbehörde und der Polizei erfolgt, wie man diese Unfälle beseitigen kann. Gerade das Ding hier war sehr häufig sowohl im Runden-Tisch-Radverkehr als auch in den Gremien und Unfallkommissionen und in separaten Beratungen diskutiert worden und ist, unter dem Blickwinkel, dass wir eben nicht den gesamten Straßenzug ausbauen können, aus finanziellen Gründen, sicherlich ein vernünftiger Kompromiss, den man fachlich vertreten kann.

Herr Feigl

Herr Schültke will ergänzen?

Herr Schültke

Ja, vielen Dank.

Vielleicht hierzu ganz allgemeine Information. Der Deutsche Städtetag hat auch im Einvernehmen mit dem deutschen Verkehrsgerichtstag jetzt, man muss sagen, endlich eine Initiative ergriffen, die schon viele Jahre Anlaufzeit bedürft hatte, nämlich eine Umkehrung der Begründung, warum man Tempo 30 einführen darf, nämlich dahingehend, dass generell in den Städten in Deutschland zukünftig Tempo 30 gelten soll, flächendeckend. Und nur noch höhere Geschwindigkeiten dann einer Begründung dann unterworfen wären. Das wäre also die Initiative, die vom deutschen Städtetag jetzt aktuell auch eingespeist ist in die politische Diskussion und das würde letztendlich auch nochmal ein Grund sein, warum wir, mit der jetzt vorgesehenen, das muss man zugeben, Kompromisslösung, ein Umbau wäre schön, ein flächendeckender von Hauskante zu Hauskante, aber es ist keine Förderfähigkeit gegeben und so versuchen wir jetzt entsprechend eine, auf unsere Maßstäbe finanzierbare Lösung zu finden, die weitestgehend den Anforderungen an die heutige Verkehrsgestaltung gerecht wird.

Herr Feigl

Als nächstes habe ich Frau Jacobi, dann Herrn Sehrndt und dann Herrn Streckenbach.
Frau Jacobi, bitte.

Frau Jacobi

Ja, Dankeschön. Ich habe für mich nochmal eine Verständnisfrage. Dieses Tempo 30 heißt aber nicht, Zone 30? Also wenn ich jetzt als Radfahrer die Ludwig-Wucherer-Straße runterfahre, den aus von rechts kommenden immer die Vorfahrt gewähren muss, oder? Nein. Okay, Danke. Und ich wollte nochmal kurz auf den Punkt zurückkommen, was ich vorhin meinte mit der Aufstellfläche. Also ich finde ja in der Richard-Wagner-Straße an der Kreuzung am Reileck, wo man dann das Reileck überquert bzw. in die Ludwig-Wucherer-Straße reinfährt, dort kann die Fahrradfahrenden ja eine eigene Ampel sogar, die vorgeschaltet ist, das ist eigentlich, die Ideallösung dort.

Also da fährt man sehr sicher über die Kreuzung und ob das denkbar ist als Lösung für die Kreuzung an der Lessingstraße, um dort eben auch dem Verkehr der Gütchenstraße so ein bisschen vorrauszukommen. Vor allem, wenn ich das richtig verstanden habe, dort noch Fahrradfahrende aus der Lessingstraße sich ebenfalls dort mit eingliedern, ja ist das vielleicht, ist das denkbar, da nochmal drüber nach zu denken?

Herr Otto

Also bloß nochmal eine Verständnisfrage, am Reileck meinen Sie aus der Richard-Wagner-Straße raus, da stehen Sie erstmal an der Haltelinie vom KFZ-Verkehr und das Radsignal, was vorher freischaltet ist eigentlich nur für den linksabbiegenden Radfahrer aus der Reilstraße. Genau, so eine Lösung für indirektes Linksabbiegen, heißt das im Regelwerk gibt es auch in der Lessingstraße, ist dort vorgesehen, wo ja erstmal der Radfahrende über einen Vorquerschnitt über die Ossietzky-Straße geführt wird und dann vor, also quasi zwischen KFZ und Fußgänger fort, dann kommt die Haltelinie des Radfahrenden, dort vorgelagert ist und kriegt natürlich 1-2-3 Sekunden eher frei, dass er quasi räumen kann, bevor dann die Autos hinter im frei kriegen.

Herr Feigl

Ein Linksabbiegen ist dort möglich an der Stelle in Richtung Süden?

Herr Otto

Na Sie fahren von der Lessingstraße in die Ossietzky-Straße quasi und aus der Ossietzky-Straße können Sie wie heute in alle Richtungen rausfahren.

Herr Feigl

Gut. Das nur zum Verständnis nochmal.

Herr Sehrndt bitte.

Herr Sehrndt

Frage zur Vorgeschichte, sind eigentlich die Geschwindigkeiten dort mal aufgenommen worden, die da tatsächlich im Laufe des heller lichten Tages auftreten, weil wir ja sagen, es sind alle viel zu schnell, so verstehe ich das. Ich sage gleich was dazu. Also, die sind nicht aufgenommen worden? Können wir das bitte kriegen.

Herr Schültke

Sie haben es ja vorhin gehört, im Vorfeld der Planung sind untere Verkehrsbehörde und Polizei mit den Planern und uns zusammen, um alles auszuwerten, was an Erkenntnissen da ist, wir auch in einem anderen Zusammenhang auch eine spürbare Zunahme von Rotlicht-

verstößen feststellen müssen, sodass alle Daten, die uns zur Verfügung stehen, dann in die Planung auch einfließen.

Herr Sehrndt

Das würde ja heißen, dass der Verkehr überwacht werden muss oder mit Technik überwacht werden muss. Das betrifft natürlich auch Radfahrer, ich sage jetzt bewusst, wenn ich gefühlt die Wucherer-Straße bergauf fahre, also Richtung Osten, dann komme ich höchstens auf 30. Und dann überholen mich Radfahrer, da muss ich sagen, dass ist ein Zeichen, dass die Straße sehr belegt ist und dass ich, wenn ich die Ampelschaltzeiten weiter verlängere, letztendendes, dass uns dann die Zeit in der Straße fehlt. Und dass die Straße dann den Verkehr dann gar nicht mehr aufnimmt. Wir werden die Sicherheitsprobleme nicht verringern, sondern wir werden die mit dieser Lösung drauflegen. Da passiert mehr.

Naja, man kann immer geteilter Meinung sein und man hat Wünsche, das ist eben so und vom Grundsatz her, sind wir nicht damit einverstanden, dass zum Beispiel die Parkbuchten, die ja auch mit Fördermitteln errichtet worden sind, jetzt einfach mit Fahrradbügeln zugeknallt werden. Da ist einfach, gilt die STVO und wer aus der Straße kommt, muss gucken. Das ist eine Pflicht. Dafür hat er eine Fahrerlaubnis. Und da kann ich nicht sagen, ich mache das hier alles frei, damit der, der nicht gerne guckt oder nicht gucken will, möglichst alles sieht. Wissen Sie, was da passiert? Grundsätzlich stehen wir auf dem Standpunkt, dass der Fahrradverkehr zukünftig parallel zur Ludwig-Wucherer-Straße geführt werden muss und nicht diese Belastung, die durch diesen engen Verkehrsraum und vollgestopften Verkehrsraum, das ist immer, gerade für Kinder oder so, eine unheimliche Unsicherheit. Also das sehe ich auch am Verkehr, dass wenn Eltern mit Kindern unterwegs sind, die trauen sich ja gar nicht langzufahren. Das ist aber in vielen Teilen von Halle so.

Das heißt, unter den Maßgaben, werden wir einfach auch nicht zustimmen. So und dann will ich nur noch zum Abschluss sagen, von Ihrem Kollegen aus Baden-Württemberg, der Herr Kretzschmann, manchen bekannt, der hat dann jetzt gesagt, keinen Kulturkampf ums Auto. Und das, was hier passiert ist der Kulturkampf ums Auto, indem ich überall mal noch einen Bügel hinschmettre und dort was mache und dort was mache, ja nicht frage, was es kostet, das ist das aller Wichtigste. Wir könnten dann natürlich auch diese Parkbuchten entsiegeln, ist ja auch so ein Fachbegriff, was wir alles machen können. Entsiegeln wir, machen einen Rasen hin. Ads ist eine gute Idee, die patentiere ich. Sie wollen ja immer Vorschläge. Ja. Danke.

Herr Feigl

Ich finde, dass wir zur sachlichen Diskussion zurückkehren könnten und Herr Streckenbach.

Herr Streckenbach

Also ich teile auch die Hinweise des Kollegen Hänsel zum Thema Sicherheit. Ich kann mir auch nur schwer vorstellen, dass mit den Maßnahmen, die jetzt ergriffen werden sollen, insgesamt eine Verbesserung eintreten wird. Eben, weil diese Rinne da weiter eine Rolle spielt und ja ich habe es ja vorhin versucht zu erklären, aber habe ich die Verwaltung gerade richtig verstanden oder ich hoffe, ich habe die Verwaltung gerade eigentlich missverstanden, eigentlich wollen Sie in der Innenstadt Tempo 30 und versuchen, wie man das in den Straßen quasi per Anordnung durchbekommt und suchen sich jetzt quasi diesen Weg. Das wäre jetzt nicht ganz so elegant. Aber ich hoffe, da habe ich die Verwaltung missverstanden.

Und auf eins möchte ich auch noch hinweisen, sollte, weil das kam jetzt schon mehrfach von Teilnehmern hier zur Sprache, ach ich hätte mal Geld, können wir das mal anfassen, also wahrlich, wir haben in der Stadt andere Straßen und andere Bereiche, die man anfassen muss, da fällt die Ludwig-Wucherer-Straße so nicht auf. Und ich hoffe, dass das auch zum Ergebnis kommt, ja die Verwaltung hat das jetzt auf eigenen Vorschlag geändert. Für mich ist das ganz klar übertragener Wirkungskreis, aber die Verwaltung hat das geändert und

dann gibt es hinterher doch auch wieder neue Probleme und dann sagt die Verwaltung, jetzt müssen wir das aber anfassen baulich. Also, beim besten Willen. Da wären noch andere Sachen in Halle, die zu bewerkstelligen wären, dringender.

Herr Feigl

Ich habe jetzt keine direkte Frage draus gehört. Gut, ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Jetzt muss ich ganz schnell machen. Wir haben eine Beschlussvorlage, die abzustimmen wäre. Da frage ich zunächst die sachkundigen Einwohner. Wer kann der Beschlussvorlage so zustimmen? Den bitte ich um das Handzeichen. 6. Die Gegenstimmen? Die Stimmenenthaltungen? Bei einer Stimmenenthaltung einstimmig zugestimmt.

Ich frage die Stadträtinnen und Stadträte. Wer kann der Beschlussvorlage so zustimmen, den bitte ich um das Handzeichen. 6. Die Gegenstimmen? Und die Stimmenenthaltungen? Ja eine Gegenstimme.

Abstimmungsergebnis SKE: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis SR: mehrheitlich zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben beschließt die Optimierungsmaßnahmen zum Radverkehr in der Ludwig-Wucherer-Straße mit einem Wertumfang von 355.000 Euro.

zu 4.4 Baubeschluss zum barrierefreien Ausbau der Bushaltestellen - Buspaket 6 Vorlage: VII/2022/05014

Herr Mahler führte in die Beschlussvorlage der Verwaltung ein und begründete diese.

Frau Krimmling-Schoeffler fragte, wie viele Haltestellen noch barrierefrei ertüchtigt werden müssen. Weiterhin fragte sie nach dem aktuellen Stand zu den Regionalisierungsmitteln des Bundes, vor allem in Bezug auf das anstehende 49-Euro-Ticket.

Herr Schültke antwortete, dass die Finanzierungsfrage des Deutschlandtickets noch nicht abschließend geklärt ist. Daher soll es eine Evaluierung nach einem Jahr geben, um zu prüfen, ob der angekündigte Betrag ausreichend ist. Des Weiteren teilte er mit, dass es nicht leistbar ist, alle Haltestellen in Gänze barrierefrei auszubauen. Daher wurde eine Priorisierung vorgenommen, mit der jährlich ca. eine dreiviertel Millionen Euro umgesetzt werden.

Herr Mahler ergänzte, dass der nötige Haltestellenausbau im zweistelligen Bereich liegt. Der Ausbau einiger Haltestellen wird auch durch das Stadtbahnprogramm mit abgedeckt.

Frau Jacobi fragte, ob Radwege nur noch vor den Haltestellen installiert werden.

Herr Mahler antwortete, dass RadfahrerInnen sichtbar sein sollen und daher die Wege vor den Haltestellen laut Gestaltungshandbuch errichtet werden.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Feigl** bat um Abstimmung der Beschlussvorlage.

Abstimmungsergebnis SKE: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis SR:

einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt den barrierefreien Ausbau der Bushaltestellen des Buspaketes 6 (Haltestellen: An der Feuerwache, Karl-Pilger-Straße, Dachsweg, Reideburger Landstraße, Mötzlich) mit einem Wertumfang von 1.263.000 Euro.

**zu 4.5 Verzicht auf Variantenbeschluss und Baubeschluss "Erneuerung des Quartiersplatzes Thomasiusstraße/Turmstraße"
Vorlage: VII/2023/05099**

Herr Otto führte in die Beschlussvorlage der Verwaltung ein und begründete diese.

Herr Feigl merkte an, dass bei der Wegeführung der Innenseite des Platzes die Beziehung nach Süd-Westen fehlt und dies, seiner Meinung nach, zu einem Trampelpfad über die Grünanlage führen wird.

Herr Otto sagte, dass man sich im Zuge der Planung dazu entschlossen hat, keine Querung in diesem Bereich mit anzubieten.

Herr Feigl fragte, welche Materialien im Bereich des Fußweges eingesetzt werden.

Herr Otto antwortete, dass die Gehwege mit größeren Betonplatten belegt werden. Im Interesse der Bäume werden die Gehbereiche mit Kleinpflaster belegt.

Herr Dr. Vetter bezog sich auf den abgebildeten Querschnitt, auf dem ein schwach ausgeprägtes Relief erkennbar ist und fragte, ob es möglich wäre, die versiegelten Flächen als Ablauflächen für die Grünflächen zu nutzen.

Herr Otto antwortete, dass die Grünflächen höher als die Fahrbahn der Straße sind. Auf der oberen Platzfläche ist nach seinem Kenntnisstand keine Entwässerung vorgesehen.

Herr Dr. Vetter merkte an, dass der Querschnitt etwas Anderes abbildet.

Herr Otto sicherte eine Prüfung und eine Vorstellung der Ergebnisse im kommenden Vergabeausschuss oder Stadtrat zu.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Feigl** bat um Abstimmung der Beschlussvorlage.

Abstimmungsergebnis SKE:

einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis SR:

einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt, für die Erneuerung der Platzfläche zwischen Thomasiusstraße/Turmstraße/Josph-Haydn-Straße auf den Variantenbeschluss zu verzichten.
2. Der Stadtrat beschließt die Realisierung der Erneuerung der Platzfläche zwischen Thomasiusstraße/Turmstraße/Josph-Haydn-Straße mit einem Gesamtwertumfang von 479.235,00 Euro.

zu 5 **Anträge von Fraktionen und Stadträten**

Es lagen keine weiteren Anträge vor.

zu 6 **Mitteilungen**

zu 6.1 **Information zur Aufgabenstellung für neue Bauvorhaben im Bereich Freiflächen** **Vorlage: VII/2023/05240**

Frau Trettin informierte anhand einer Präsentation zur Aufgabenstellung für neue Bauvorhaben im Bereich Freiflächen.

Frau Jacobi fragte, ob in Heide-Nord auch eine zusätzliche Beleuchtung installiert werden kann.

Frau Trettin verneinte dies.

Frau Jacobi regte an, für größere Kinder und Jugendliche Aufenthaltsorte mit Sportangeboten in Neustadt und Nietleben zu schaffen.

Frau Trettin informierte, dass neben der Turnhalle ein reiner Bolzplatz mit Sportangeboten installiert werden soll. Dazu ist man bereits in Abstimmung mit dem dort ansässigen Sportverein und Anliegern.

Frau Jacobi fragte, ob der Pavillon auf der Peißnitz auch als öffentliche Tanzfläche hergerichtet werden kann.

Frau Trettin antwortete, dass dies in einer anderen Fördermaßnahme bereits mit geplant ist.

Herr Dr. Ernst bezog sich auf das Gebiet südlich des Rodelhügels in der Silberhöhe und fragte, weshalb dieser Bereich ausgeklammert wurde.

Frau Trettin antwortete, dass dieser Bereich und deren Entsiegelung einem anderen B-Plan zugeordnet ist.

Herr Feigl fragte, ob an die Wiederherrichtung der Toilettenanlage am Skatepark gedacht wurde. Des Weiteren regte er an, dass das heimische Porphyrtuff an der Treppenanlage im Gutspark Gimritz erhalten werden sollte.

Frau Trettin antwortete, dass die Herrichtung der Toilettenanlage bei der Umgestaltung des Skateparks inkludiert ist. Zur Treppenanlage teilte sie mit, dass aufgrund des Denkmalschutzes nur Materialien wiederverwendet werden, die bereits verbaut wurden.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

zu 6.2 Parkraumkonzept Johannes-/Riebeckviertel
Vorlage: VII/2023/05290

Herr Otto informierte anhand einer Präsentation zum Parkraumkonzept Johannes-/Riebeckplatz.

Herr Streckenbach fragte, weshalb im Wohngebiet überwiegend eine Mischnutzung des Parkens angeboten wird.

Herr Otto antwortet, dass das der Struktur des Gebiets (Anwohner und Geschäfte) geschuldet ist und dies eine Empfehlung des Gutachters war.

Herr Hänsel fragte nach digitalen Lösungen für Parkscheinautomaten.

Herr Schültke antwortete, dass auch digitale Parkscheine angeboten werden.

Frau Jacobi fragte nach ausgewiesenen Plätzen für Carsharing.

Herr Otto antwortete, dass diese Plätze im derzeitigen globalen Konzept noch nicht enthalten sind, diese aber nachgesteuert werden.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

zu 6.3 Eingriffsregelung in der Bauleitplanung
Vorlage: VII/2023/05369

Herr Schröter bat um Nennung von Themen/Wünschen/Feedback, die zum Workshop am 24. März 2023 aufbereitet werden.

Herr Dreher sagte, dass die Ausgleichsmaßnahmen viel zu kleinteilig im Stadtgebiet verteilt sind. Er fragte, ob es Möglichkeiten gibt, größere Flächen zu akquirieren, auch im Hinblick auf das Ökokonto.

Frau Trettin informierte, dass anhand zweier B-Pläne (Wildentenweg und Liebenauer Straße) einmal die Regelungen veranschaulicht werden.

Herr Feigl bezog sich auf die Ausgleichsfläche in Lettin und fragte, ob es ähnliche Flächen gibt und auf welcher rechtlichen Grundlage diese genutzt werden.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

zu 7 **Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

zu 7.1 **Anfrage des Stadtrates Dr. Martin Ernst (Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER) zur Sanierung der Domäne Lettin** **Vorlage: VII/2023/05287**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 7.2 **Frau Dr. Wünscher zur Parkplatzsituation an der Oper**

Frau Dr. Wünscher bezog sich auf die Parkplatzsituation rund um die Kultureinrichtung Oper und Kulturinsel und die maximale Parkdauer von 3 Stunden. Sie berichtete, dass am vergangenen Wochenende eine Premiere in der Oper stattgefunden hat, welche über die Maximalparkdauer hinausging. Sie fragte, ob es kurzfristige Lösungen gibt, um die Parkdauer an Veranstaltungstagen zu verlängern.

Herr Rebentorf sicherte eine Prüfung möglicher kurzfristiger Lösungen zu. Zudem verwies er auf die künftige Errichtung eines Parkhauses hinter der Oper hin.

zu 7.3 **Frau Dr. Wünscher zur Stromversorgung für die Oper**

Frau Dr. Wünscher fragte, ob die Stromversorgung für die Oper Halle künftig gesichert ist, da es zu einer Veranstaltung am Wochenende wieder einen Stromausfall gab.

Herr Rebenstorf sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 7.4 **Herr Dreher zu Fahrradparkhäusern an Bahnhöfen**

Herr Dreher informierte, dass einen Fördertopf des Bundes für Fahrradparkhäusern an Bahnhöfen gibt und fragte, ob das der Stadtverwaltung bekannt ist und eine Übertragung auf das Fahrradparkhaus am Riebeckplatz möglich ist.

Herr Rebentorf antwortete, dass das der Stadtverwaltung bekannt ist. Eine interne Abstimmung ist noch nicht erfolgt.

Herr Schültke ergänzte, dass es in zwei Wochen eine digitale Informationsveranstaltung geben wird.

zu 7.5 **Frau Jacobi zum Verkehrsschild in der Geiststraße**

Frau Jacobi fragte, ob das Verkehrsschild „Überholverbot von einspurigen Fahrzeugen“ in der Geiststraße installiert werden soll.

Herr Rebenstorf bat darum, die Frage im kommenden Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung zu stellen.

zu 7.6 Frau Jacobi zur ehemaligen Steg-Passage

Frau Jacobi bezog sich auf den Abriss der Steg-Passage und fragte, ob dort das angekündigte Ärztehaus mit mehreren Praxen und betreutem Wohnen entstehen soll.

Herr Rebenstorf sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 8 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, beendete **Herr Feigl** die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Planungsangelegenheiten und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Christian Feigl
Ausschussvorsitzender

Sarah Lange
Stellvertretende Protokollführerin